

Antrag A-1**AsF Bezirk Hannover****Der Bezirksparteitag möge beschließen:****Abschaffung der Minijobs**

1 Der SPD-Bezirk Hannover fordert die SPD-
2 Bundestagsfraktion auf, das Modell der Minijobs
3 gänzlich abzuschaffen, da die Auswirkungen dieses
4 Beschäftigungsmodells insbesondere Frauen be-
5 nachteiligen. Die SPD schließt sich dem DGB-Modell
6 einer Sozialversicherungspflicht ab der ersten
7 Stunde an. Die dadurch erhöhten Belastungen
8 für die Arbeitnehmer:innen werden durch einen
9 staatlichen Steuerzuschuss ausgeglichen.

10

Begründung

12 Die Zahl von 7,4 Millionen Minijobber:innen, das ist
13 jede / jeder fünfte Beschäftigte, ging während der
14 Corona-Krise deutlich zurück, da diese vorrangig in
15 den Branchen Hotellerie, Gastronomie und Kultur
16 zu finden sind. Allein 850.000 Minijobber:innen ver-
17 loren während der Corona-Pandemie ihren Job. 60
18 Prozent der Minijobber:innen sind Frauen.

19 Dass der Minijob häufig von Frauen gewählt wird,
20 liegt an den Fehlanreizen unseres überkommenen
21 Steuer- und Sozialversicherungssystems, das über
22 das Ehegattensplitting und die Mitversicherung bei
23 der Krankenversicherung ein überholtes Familien-
24 modell fördert, gutverdienender Mann und gering-
25 verdienende Frau. Aber auf die soziale Absicherung
26 über den Ehemann ist kein Verlass. Stehen die Frau-
27 en irgendwann allein im Leben, sind sie von Grund-
28 sicherung und Altersarmut betroffen.

29 Minijobs führen in eine berufliche Sackgasse. Der
30 DGB hat festgestellt, dass diese häufig unterhalb
31 des Mindestlohns bezahlt werden, die Beschäftig-
32 ten von beruflicher Weiterbildung und vom Aufstieg
33 ausgeschlossen sind. Minijobs fördern Schwarzar-
34 beit, da die Rechte der Arbeitnehmer*innen oft un-
35 terlaufen werden und geltende Lohnfortzahlungen
36 bei Krankheit oder Urlaub nicht geleistet werden.

37 Minijobs stellen eine Sackgasse für Frauen dar.
38 Sie sind weder arbeitslosen- noch rentenversichert,
39 führen zur Altersarmut von Frauen und zu Benach-
40 teiligungen während der Corona-Pandemie, da Mi-
41 nijobber:innen weder Arbeitslosen- noch Kurzarbei-
42 tergeld erhalten.

43 Im SPD-Zukunftsprogramm heißt es bereits: „Die

Empfehlung der Antragskommission**Annahme****Adressat:**

Bundestagsfraktion

44 Corona-Krise hat erneut gezeigt, dass die soziale Si-
45 cherung der Minijobs unzureichend ist. Unser Ziel
46 ist, alle Beschäftigungsverhältnisse in die soziale Si-
47 cherung einzubeziehen.“ Doch wir müssen darüber
48 hinaus gehen und die deutliche Abschaffung dieses
49 prekären Niedriglohnssektors fordern.

50 Konservative Kreise fordern sogar die Ausdehnung
51 der Minijobs durch Anhebung der 450-Euro-Jobs auf
52 600 Euro. Dem erteilen wir eine klare Absage und
53 schließen uns dem DGB Modell an. Die Mehrbe-
54 lastungen für die Minijobber:innen durch Sozialab-
55 gaben sollen durch einen Steuerzuschuss ausgegli-
56 chen werden.

57 Alle Beschäftigungsverhältnisse gehören in die so-
58 ziale Sicherung, auch die Minijobs! Nur für Studie-
59 rende und Rentner:innen, die sich etwas dazuverdie-
60 nen, brauchen wir andere Lösungen.